

mittendrin

Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • Die Linke Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



**Gerechtigkeit geht
#nurmitLinks**

Die Linke

Bezirksverband
Mitte



Wahl am 9. Juni 2024 zum Europäischen Parlament:

Gerechtigkeit in Europa geht #nurmitlinks

Für viele Menschen funktioniert der Alltag nicht mehr: die Preise steigen, die Bahnen sind überfüllt, keine Termine mehr bei Ärzten und beim Amt, die Schule fällt aus, die Kita schließt andauernd. In den Krankenhäusern kein Personal und die Pflege der Eltern macht arm. Überall Mangel und Rückschritt.

Der EU entgehen dadurch jedes Jahr 835 Milliarden Euro.

Keine Profite auf Kosten der Gesundheit!

Wir wollen Pflege und Gesundheit am Gemeinwohl und am Bedarf ausrichten. Krankenhäuser und Pflegeheime sollen keine Gewinne ausschütten.

Waffenstillstand und Frieden. Atomwaffen müssen verboten werden.

Klima schützen statt Konzernprofite!

Je reicher Menschen sind, desto mehr CO₂ stoßen sie aus. 100 Konzerne verursachen den größten Teil des CO₂-Ausstoßes. Die CO₂-Preise treffen

Die fünf reichsten **Milliardäre** in Europa haben ihr **Vermögen** in den letzten drei Jahren um drei Viertel gesteigert. Jede Stunde werden sie um 5,7 Millionen Euro **reicher**. 99 Prozent der Bevölkerung sind in derselben Zeit **ärmer** geworden. Zu den **reichsten Deutschen** gehören die Besitzer*innen der Lebensmitteldiscounter, die vor allem an den **hohen Preisen** für Grundnahrungsmittel verdient haben. In der gleichen Zeit sind die **Löhne** in der Europäischen Union real um 4 Prozent gefallen. Jedes vierte Kind in der EU ist von **Armut** bedroht. Menschen in **ärmeren Ländern** der EU **sterben** im Schnitt fast 10 Jahre **früher** als in reicheren.

Fast 700 000 Menschen in der Europäischen Union haben keinen **Wohnsitz** und leben auf der Straße.

Gerechtigkeit geht #nurmitlinks

Menschen in Europa investieren durchschnittlich mehr als **40 Prozent** ihres Lohns in die Miete.

Die größten **Konzerne** in der EU haben in einem Jahr bis zu zwei Drittel mehr Gewinn gemacht als in den Jahren davor. Darunter die Energiekonzerne, die die Preise für **Benzin und Gas** hochgetrieben haben. Wer zu den reichsten Menschen Europas gehört, stößt **14 Mal mehr CO₂** aus als Menschen der ärmeren Bevölkerungshälfte. Die EU-Staaten geben pro Jahr 240 Milliarden Euro für **Militär und Rüstung** aus. Die **Ausgaben** steigen weiter. Allein der **Rüstungskonzern Rheinmetall** hat seinen Aktienwert seit **Kriegsbeginn** vervierfacht. Ungefähr **25 000 Lobbyist*innen** machen Druck in Brüssel, damit sich daran zukünftig nichts ändert.

Die Linke will, dass der Alltag wieder funktioniert. Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht an den Börsen Europas gehandelt werden. Für einen Nahverkehr, der funktioniert und für die Fahrgäste kostenfrei ist. Für eine Bahn für alle, die Europa verbindet. Dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt. Dass alle von ihrer Arbeit gut leben können und sicher vor Armut sind.

Mit diesen Forderungen geht Die Linke in den Wahlkampf:

Preise runter, Profite deckeln!

Wir wollen verhindern, dass Konzerne aus Krisen Profit schlagen. Wenn Übergewinne besteuert werden, gibt es keine Anreize mehr, die Preise zu erhöhen. Wir fordern eine Übergewinnsteuer von 90 Prozent. Strom- und Gaspreise sollen sozial gestaffelt sein. Steueroasen und Steuervermeidung schieben wir einen Riegel vor.

Das Geld muss zurück in Gesundheit und Pflege fließen. Die EU soll Gelder bereitstellen und Kommunen dabei unterstützen, privatisierte Krankenhäuser in die öffentliche Hand zurückzuholen.

Reichtum umverteilen, Armut bekämpfen!

Die EU muss dafür sorgen, dass in allen Staaten ein sicheres soziales Netz geschaffen wird: Sozialleistungen und gesetzliche Mindestlöhne müssen sicher vor Armut schützen. Für Deutschland fordern wir: keine Rente und keine Sozialleistungen unter 1.200 Euro! Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für ein würdevolles Leben.

In Frieden investieren, nicht in Waffen!

Die EU verpflichtet die Staaten, mehr Geld in die Aufrüstung zu stecken. Das schafft Gewinne für die Rüstungsindustrie, für die allermeisten Menschen bedeutet es Rentenkürzung, Kinderarmut, Pflegenotstand und Wohnungsnot. Statt noch mehr Waffen braucht es Verhandlungen für

jene besonders, die ohnehin kaum über die Runden kommen. Wir streiten für eine Energiewende mit gemeinnützigen Energieerzeugern und sozial gestaffelten Preisen. Für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, der sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen schafft. Zur Entlastung von den CO₂-Preisen fordern wir ein soziales Klimageld, das Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unterstützt.

Wer fliehen muss, muss Schutz finden!

Nicht die Geflüchteten bedrohen unseren Wohlstand, sondern die Superreichen, die ihre Vermögen in Steueroasen verstecken. Wir wollen das Sterben an den EU-Grenzen beenden und niemanden ertrinken lassen. Es braucht verlässliche Asylverfahren, die mit internationalem Recht und den Menschenrechten vereinbar sind. Die Kosten müssen innerhalb der EU gerecht verteilt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, müssen zusätzliche Gelder erhalten.

Wahlkampf für die Europa-Wahlen – wir sind ein gutes Team

Interview mit den Wahlkampfleitern in Mitte Sophie Aß und David Cüppers

In rund vier Wochen – am 9. Juni – finden die Europa-Wahlen statt. Ihr seid die Leiter des Wahlkampfes unserer Partei Die Linke in Berlin-Mitte. Worin seht Ihr Eure Stärken zur Bewältigung dieses hochverantwortlichen Auftrags? Wie seid Ihr darauf vorbereitet? Auf welche Erfahrungen könnt Ihr aufbauen?

Sophie: David und ich sind ein sehr gutes Team. Wir haben uns die letzten Wochen eng bei der Erarbeitung des Wahlkampfkonzepts abgestimmt und wissen, dass wir uns absolut aufeinander verlassen können. David hat schon zwei Wahlkämpfe geleitet und ich bin relativ neu im Bezirksverband und bringe deshalb frischen Wind rein, habe aber selbst auch lange im Politikbetrieb gearbeitet.

Wie sieht konkret der Plan für die Organisation des Wahlkampfes in Mitte aus? Wie wird er ablaufen, was alles wird passieren? Wie weit nutzt Ihr die Erfahrungen der vergangenen Wahlen?

David: Unsere Wahlkampfplanung folgt zwei Leitlinien: effiziente Organisationsstruktur und breite Beteiligung der Basis. Die Erfahrung zeigt, dass Wahlkämpfe nicht funktionieren, wenn die Aufgaben und Verantwortlichkeiten nicht klar festgelegt sind und wenn es keine Möglichkeit gibt, mitzugestalten. Ein Wahlkampf bietet immer auch die Chance, zusammenzuwachsen. Gerade in der aktuellen Lage der Partei gilt es nicht nur ein gutes Ergebnis zu erzielen, sondern auch als Bezirksverband insgesamt gestärkt aus dem Wahlkampf hervorzugehen.

Wie können in den kommenden Wochen Genossen und Sympathisanten dabei tatkräftig mithelfen?

Sophie: An jedem Samstag finden überall in Mitte verschiedene Aktionen statt, bei denen sich jede und jeder einbringen kann: Haustürgespräche, Flyer verteilen, Wahlkampfstand betreuen oder am Ende beim Nachwahlkampf nochmal letzte Überzeu-



gungsarbeit leisten. Die Termine und Treffpunkte werden regelmäßig über den Verteiler des Bezirksverbandes geschickt.

Kurz zu Eurer Person: Woher kommt Ihr, wie alt seid Ihr, was sind Eure Berufe?

David: Sophie kommt aus dem Berliner Speckgürtel, ist 28 Jahre alt und Referentin für Klimapolitik. Ich bin in Berlin geboren, 36 und arbeite als Referent im Bezirksamt Mitte.

Die Fragen stellte Matthias Herold



Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.
sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

ICH WÄHLE DIE KANDIDATEN DER LINKEN



... weil

ich weiß, dass sie der Wahrheit und der Menschenwürde verpflichtet sind und gegen Militarismus und Kriegstreiberei aufstehen. Ich wähle sie, auch weil ich wütend bin über die Hetze gegen Bürgergeldempfänger. Der Europäische Rat in Straßburg stellt gerade der BRD in der Sozialpolitik ein schlechtes Zeugnis aus.

Das hohe Maß an Armut, vor allem der Kinderarmut, und sozialer Benachteiligung stehe in keinem Vergleich zum Reichtum des Landes. Unsere Kandidaten kämpfen für ein soziales Europa. Ehrlich, wen soll ich denn sonst wählen?

Barbara Herzig-Martens

... weil

ich meine Tochter in einem friedvollen Europa aufwachsen sehen möchte, so wie ich bisher leben durfte. Schluss mit Profit durch Krieg und Angst bestimmtem Handeln! Ich will keine machthungrigen, von Großkonzernen gelenkten und fremdenfeindlichen Politiker*innen mehr, die das Schicksal Europas in den Händen halten. Linke Volksvertreter*innen führen die europäischen Nationen zusammen. Ihre Politik basiert auf Vernunft und Solidarität. Sie reichen anderen die Hände und ballen nicht die Fäuste. Ich vertraue in ihrem unbedingten Willen zum grenzenlosen Frieden!

Christian Otto



... weil

ich möchte, dass viele Abgeordnete ins EU-Parlament kommen, die sich für Verständigung zwischen den Staaten und Völkern, für einen stabilen Frieden engagieren. Die fortschreitende Militarisierung der EU muss gestoppt werden. Sie nützt ausschließlich den Aktionären der Rüstungsindustrie. Mehr Sicherheit für unser aller Leben, mehr Wohlstand für unsere Kinder und Enkel entstehen dadurch nicht, im Gegenteil. Wir brauchen kein Kriegsbündnis, dessen Minister und Generäle ständig darüber sinnieren, wie man einem vermeintlichen Gegner schaden, ja besiegen kann.

Gefragt ist hartnäckiges Ringen um die Vermeidung und Lösung von Konflikten bei Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen aller Staaten. Dafür setzen sich unsere Kandidaten ein.

Gerd Schulz

... weil

unsere Abgeordneten eine Kraft sind gegen das Treten nach unten auf sozial Ausgegrenzte, Rentner, Kinder, Jugendliche durch die anderen Parteien. Auch hier in Berlin-Mitte führt Die Linke den Kampf gegen die Kürzungen in der Kinder- und Jugendsozialarbeit. Das ermöglicht Perspektiven.

Als Mitglied der Partei engagiere ich mich ehrenamtlich bei der Berliner Volkssolidarität. Es ist schön zu sehen, dass unser Dialog hier auf verschiedenen Ebenen auch Wirkung zeigt. Viele linke Abgeordnete in der EU schaffen die Voraussetzungen für ein soziales Europa.

Gudrun Deißeroth



FÜR DAS EUROPA-PARLAMENT



... weil

die Partei Die Linke mit Warmherzigkeit an wichtige und aktuelle Themen herangeht. Für eine bessere Zukunft. Eine Zukunft, in der es allen Menschen gut geht. Eine grüne Zukunft, eine gerechte Zukunft. Die Linke steht für eine feministische Zukunft. Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind, was ich mir wünsche, genau wie ein sozial-politischer Ansatz im Kampf gegen den Klimawandel.

Deshalb wähle ich die Kandidat*innen der Die Linke. Zusammen mit den anderen Linken in der EU schaffen wir eine Zukunft, in der es allen Menschen gut geht. Zusammen für Gerechtigkeit und Demokratie. Zusammen Links!

Jonna Marie Dickershoff

... weil

wir im Europäischen Parlament eine starke Stimme für Frieden und Abrüstung brauchen.

Dem immer stärker werdenden Kriegsgeschrei der Herrschenden in der EU muss eine linke Politik der Rüstungsbegrenzung, des Verbots jeglicher Waffenlieferungen, gerade auch in Kriegsgebiete, und der Diplomatie zur Beilegung von Konflikten entgegengesetzt werden. Die Befriedung der Welt durch immer mehr Waffen ist ein gefährlicher Irrglaube, der die Welt an den Rand eines dritten Weltkriegs bringt.

Dem muss ein Ende gesetzt werden. Dafür stehen unsere Kandidaten zu den Europa-Wahlen. Ihnen gehört meine Stimme!

Bernd Otto



... weil

sie sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in ganz Europa einsetzen werden. Obwohl die Gleichheit in der EU-Grundrechtscharta fest verankert ist, werden Frauen europaweit benachteiligt und diskriminiert. Zum Beispiel verdienen Frauen im Durchschnitt 16,2 % weniger als Männer. Sie arbeiten in schlechter bezahlten Jobs und öfter in Teilzeit. Das führt zu niedrigeren Renten und Altersarmut.

Dazu kommt noch unbezahlte Haus- und Sorgearbeit. Deshalb kämpft Die Linke zum Beispiel für einen europaweiten Mindestlohn und für Renten, die vor Armut schützen. Eine starke linke Fraktion im Europa-Parlament wird den Weg zu einem feministischen Europa ebnen.

Luisa Mayer

... weil

sie für unser Land in der Europäischen Union die einzige Partei vertreten, die in der Gesundheitspolitik grundsätzliche Fragen stellt und Profitinteressen herausdrängen möchte.

Momentan sind die negativen Bilanzen der Krankenhäuser wieder in aller Munde, viele müssen schließen oder stehen auf der Kippe. Aus dem Blick gerät dabei, dass dem System jedes Jahr mehrere Milliarden Euro an Krankenversicherungsbeiträgen verloren gehen, die in die Tasche der Anteilseigner privater Konzerne fließen.

Zunehmend drängen diese auch in den ambulanten Bereich. Die EU-Politik stellt hierbei den Rahmen – jetzt haben die linken Abgeordneten die Verantwortung zu Veränderungen.

Daniel Sauer



Viel zu tun für die Politik in Brüssel und



Obdachlosigkeit geht uns alle an!

Aktuell haben viele die Sorge, die Welt könnte untergehen. Da ist der Dauerbrenner des Umweltschutzes, wir vergiften uns gegenseitig; beim Klima zeigt uns der Planet seinen Stinkefinger; die Kriege sind nun nicht mehr weit weg, sondern fast vor unserer Tür.

Verhungern gehört zum Alltag auf diesem Planeten und überall kommen vor allem die mit den größten Muckis und immenser Skrupellosigkeit weiter. Mit Drogen, Kinderprostitution, Waffen und Menschenhandel werden Milliarden verdient, ist das entsprechende Geld erst eingewaschen ...

Ach, ich habe eigentlich keine Lust, bekomme bei den ganzen Themen auch schlechte Laune; ich habe aber versprochen, einige Zeilen über Obdachlosigkeit zu schreiben. Und das will ich dann auch machen.

Zunächst möchte ich nachfragen, interessiert Sie das Thema denn überhaupt? Konkreter, die Menschen, die auf den Bürgersteigen vor unseren Türen liegen und sterben. Vorher verwesen sie aber noch. Bei lebendigem Leib. „Warum stinken sie so?“ denken einige von uns, heben die Füße, steigen über die Menschen und die Schicksale hinweg. Vorsicht aber - das wird zunehmend zum Slalom durch das Elend.

Obdachlosigkeit soll überwunden werden, das steht sogar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, in Europa, Deutschland und Berlin. Und das ginge wohl auch, sagen andere und ich, nicht zu einhundert Prozent, aber überwiegend. Das soll bis 2030 verwirklicht werden. Eine Herausforderung. Sicher eine Mammut-Aufgabe. Aber ein lohnenswertes Ziel: Wir beginnen mit der Mitmenschlichkeit vor unserer Tür!

Was bekomme ich gerade aber nicht mit? Wer macht hier denn etwas, gibt es schon Erfolge? Oder ist das wieder mal alles nur heiße Luft?

Es gab da mal eine Senatorin, Elke Breitenbach, die war fleißig und klug. Gemeinsam mit vielen aus der Stadtgesellschaft hat sie Vorarbeiten geleistet, Pläne erarbeitet. Die sind der Knaller. Alles klar? Leider nein. Denn, willst du Rückhalt in der Politik haben, brauchst du Mehrheiten. Ich befürchte, ein wichtiges Thema rutscht gerade in die Vergessenheit.

Dieter Puhl

Selbst aktiv werden!

Als Notaufnahmen-Pflegekraft erlebe ich täglich die Überlastung des Gesundheitssystems. Die drastische Zunahme von Gewaltvorfällen in der Notfallversorgung, verbunden mit dem eklatanten Personalmangel, trieb uns dazu, aktiv zu werden.

Gemeinsam mit meinen Kolleg*innen habe ich mich der Berliner Krankenhausbewegung von Ver.di angeschlossen, um gegen diese unhaltbaren Zustände anzugehen. Während unseres vierwöchigen Streiks für bessere Arbeitsbedingungen haben wir hart verhandelt, politische Entscheidungsträger*innen herausgefordert und durch intensive Öffentlichkeitsarbeit die Dringlichkeit unserer Situation verdeutlicht. Der gewerkschaftliche Zusammenhalt und die gemeinsame Power, die wir dabei erlebten, waren eine eindrucksvolle Erfahrung.

Wir erreichten in diesem Tarifvertrag auch die erste tarifliche Regelung für Notaufnahmen auf Bundesebene: konkrete Personalbemessung und 24/7 Security in allen Notaufnahmen. Gemeinsam mit meinen engagierten Kolleg*innen habe ich die Aktion „Notaufnahme retten“ ins Leben gerufen, eine Initiative, die sich unermüdlich für vorbildliche Arbeitsbedingungen in Notaufnahmen einsetzt.

Die kommenden Europawahlen werfen ein wichtiges Licht auf die politische Landschaft. Für mich und viele junge Kolleg*innen gibt es nur eine wählbare Partei: Die Linke. In einer Zeit, in der soziale Ungleichheit zunimmt, brauchen wir eine starke linke Stimme in der Politik, die für eine solidarische Perspektive einsteht. Bei den Europawahlen werde ich daher meine Stimme der Linken geben - denn sie ist die Stimme der Solidarität und der Veränderung und setzt sich aktiv für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung ein.

Für mich ist klar: Wir müssen die Zügel selbst in die Hand nehmen. Uns wird nichts geschenkt. Nur so können wir langfristige Verbesserungen erreichen und die Pflege zu dem machen, was sie sein sollte: eine Branche, in der Patent*innen sich stets in guten Händen wissen.

Stella Merendino

Berlin und für uns alle!



Der Aktienkurs der Mordwaffenfabrik Rheinmetall

... an der Frankfurter Börse betrug am 15. Oktober 2014 34,81 Euro und am 3. April 2024 536,40 Euro. Eine Kurssteigerung auf mehr als das Fünzfach. Um die Bundeswehr - wie Pistorius es bezeichnet - „kriegstüchtig“ zu machen, sind 85,5 Milliarden Euro im Verteidigungsetat 2024 eingeplant. In Anbetracht dessen sind weitere soziale Verwerfungen programmiert. Denken wir nur an den Streit um die Kindergrundsicherung.

Kriegsvorbereitungen laufen in erschreckendem Ausmaß und Tempo. Anlässlich des 75. NATO-Jubiläums sprach der britische Kriegsminister von einer Vorkriegszeit und Polens Regierungschef Tusk stellte etwa zeitgleich in einem Interview fest, Europa müsse sich daran gewöhnen, dass eine neue Ära begonnen habe, die Vorkriegszeit. Der Krieg sei „kein Konzept mehr aus der Vergangenheit“. Niemand stelle mehr infrage, dass man sich gemeinsam verteidigen müsse.

Wer der erwartete Aggressor sein würde, teilt man uns tagtäglich mit: „Der Russe“ ist es. Der hat Deutschland ja bekanntlich schon zweimal überfallen und völkerrechtswidrige Kriege sind seine Erfindung. Wer erinnert sich noch an Jugoslawien oder z.B. den Irak. Und heute? Zum Jahreswechsel gab es weltweit 216 militärische Konflikte zwischen Staaten, politischen, religiösen und ethnischen Parteien, darunter 42, die als Kriege eingestuft waren. Tut nichts: Schuld ist der Russe.

Wenn wir einen zeitgemäßen Europa-Wahlkampf führen wollen, dann müssen wir die Kriegsvorbereitungen anprangern. Das ist lebensnotwendig. Denn ein Krieg zwischen NATO und Russland würde ein Atomkrieg werden. Unsere Partei muss gleichermaßen die Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitungen, Sozialabbau und Umweltzerstörung aufzeigen. Sie muss den Mut haben, wider den Mainstream zu entlarven, dass die sich im Schlepptau des US-Imperialismus befindliche NATO - in deren Rahmen der deutsche Imperialismus sich wieder mausert - maßgeblichen Anteil daran hat, dass wir auf den Abgrund zusteuern, wenn den Kriegstreibern nicht Einhalt geboten wird.

Ellen Brombacher

HOUSING ACTION DAYS gegen den MIETENWAHNSINN in ganz EUROPA

Berlin ist jetzt Hotspot für maximale Preise möblierter Wohnungen geworden! Da sich die wahre Höhe der Nettokaltmiete durch einen unklaren Möblierungsanteil verschleiern lässt, ist die Anwendung der Mietpreisbremse durch diesen Bluff erschwert.

Selbst die anderen Großstädte wie München, Frankfurt oder Köln haben zurzeit niedrigere Quadratmeter-Preise für möblierte Wohnungen. Dabei sind die Möbel oft billig und abgenutzt, wie vom Berliner Mieterverein erklärt wird.

Die mit dem Immobilien-Kapital eng verbandelte CDU freut sich und kann ihren Druck auf die für direkte und indirekte Korruption stets empfangsbereite Berliner SPD noch verstärken: Das treibt jetzt sogar die merkwürdigsten Blüten der hiesigen Immobilienkultur hervor, nämlich „Mikroappartements zu Mondpreisen“: Das sind äußerst kleine möblierte Zimmerchen (ab 12 qm!) zu Luxuspreisen von durchschnittlich 750 € und in der Spitze bis zu 1.400 €, oft allerdings mit schlechtem Service und teils sogar betrügerischem Geschäftsgebaren bei den Betriebskosten. Wen verlockt das nicht, wenn hier auch bereits (in Österreich) vorbestrafte windige Immobilienmogule wie Benko mit offenen Armen empfangen werden. Resultat ist allerdings der sattsam bekannte Mietenwahnsinn Berlins, denn die massiv überhöhten Preise strahlen bei derartig verschlafener „Wohnungspolitik“ auf die umgebende Mietenlandschaft aus.

Auch in Berlin-Mitte haben private Wohnungsbaugesellschaften wie Youniq, Studio B II, Boardinghouse, Neon Wood und Campus Viva seit 2015 gleich 6 Standorte für komplett eingerichtete Wohnungsangebote allein im Wedding errichtet. Dazu das Beispiel Müllerstraße / Ecke Utrechter Straße von Youniq (siehe Abbildung), das wohl vor allem für Studenten mit wohlhabenden Eltern gedacht ist; in der Nähe befindet sich die Technische Hochschule Berlin.

In ganz Europa von Stockholm bis Lissabon und Belgrad bis Dublin wurde im April bei den „Housing Action Days“ auf die Ungerechtigkeit, in der sich die Mieter befinden, hingewiesen. In Berlin war dabei die „European Action Coalition“ zusammen mit „Zwangsräumung verhindern“ vertreten.

Rainer Scholz

DAS IST DAS LETZTE

Die Hälfte der Menschheit soll in diesem Jahr wählen gehen. Oder wenigstens so tun. In den USA stellt sich den Wählerinnen und Wählern die Alternative zwischen einem greisen Wüterich und einem betagten Tatterich. In Russland hat der gütige Zar Wladimir seinen Untertanen die Qual der Wahl von vornherein abgenommen.

In Deutschland wird am 9. Juni das Europäische Parlament gewählt. Spitzenkandidatin der konservativen Europäischen Volkspartei ist Ursula von der Leyen. Sie machte zur Europawahl 2019 die Nominierung von Spitzenkandidaten zur Farce, als sie zwar gar nicht zur Wahl antrat und dennoch Präsidentin der Europäischen Kommission wurde, protegiert durch Frankreichs Präsident Macron. Seit her herzt von der Leyen kreuz und quer durch den Kontinent und macht dabei auch vor Italiens profaschistische Regierungschefin Meloni nicht halt. Die FDP möchte Marie-Agnes Strack-Zimmermann ins EU-Parlament schicken. Die will niemals die Flinte ins Korn werfen und hat vermutlich schon einen Schützenpanzer als Dienstwagen geordert. Für die SPD geht Katarina Barley ins Rennen, die bereits über europäische Atombomben orakelte.

Sie können natürlich auch eine völlig irre Wahlentscheidung treffen und dafür sorgen, dass der Linken Co-Chef Martin Schirdewan im Europaparlament bleibt oder Carola Rackete dort hinkommt. Die 35-jährige Kapitänin der „Sea Watch 3“ wurde bekannt, als sie im Mittelmeer Geflüchtete aus Seenot rettete und dafür in Italien hinter schwedische Gardinen kam. Oder Sie unterstützen Gerhard Trabert, der vor über zehn Jahren in Mainz die „Ambulanz ohne Grenzen“ einrichtete, in der wohnungslose Menschen und Patienten ohne Versicherungsschutz kostenfrei medizinisch behandelt werden. Die Letztgenannten stehen auf der Liste der Linkspartei und werden sich dafür einsetzen, dass es in Europa friedlicher, sozialer und demokratischer zugeht. Aber womöglich passt das gar nicht in die Zeit.

Schorsch

Europa im Bezirk? Europa im Quartier!

Wer denkt, Europa und die EU sind weit weg, der täuscht sich. Von verschiedenen Förderöpfen der Europäischen Union profitieren nicht nur strukturschwache und ländliche Regionen. Auch Stadtentwicklungsprojekte in unserer Nachbarschaft, administriert vom Jugendamt Mitte, werden erst durch EU-Förderprogramme ermöglicht.

In meiner Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit ist das Bau-Team des Jugendamtes etwas ganz Besonderes. Architekt*innen und Bauplaner*innen im Jugendamt? Was machen die da? Sie planen und bauen Orte für junge und ältere Menschen in unseren Kiezen im Bezirk Mitte. Da ein Jugendamt seine Finanzierung aber hauptsächlich für Hilfen zur Erziehung, Familienberatung, Jugendarbeit, Kinderschutz und viele andere Verwaltungstätigkeiten erhält, ist die Finanzierung von Bauprojekten abhängig von anderen Geldgebern. Hier kommt zum Beispiel die Europäische Union ins Spiel.

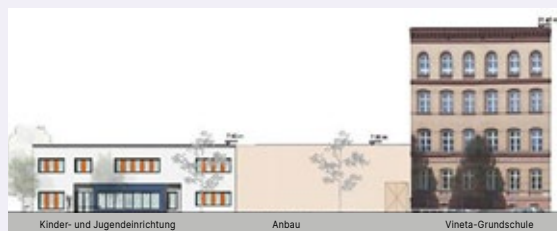
Ob Jugendklub, Nachbarschaftsort oder sogar Kinder-Schloss, im Bezirk Mitte werden verschiedene Projekte über das Programm „Europa im Quartier“ finanziert. Kernziel dieser EU-Förderung ist die Unterstützung von sozial benachteiligten Quartieren durch Baumaßnahmen und sozio-integrative Projekte. Die Projekte sollen außerdem zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens beitragen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beachten.

Gegenwärtig soll unter anderem der Erweiterungsbau des Olof-Palme-Zentrums – ein Jugendklub und Nachbarschaftseinrichtung im Gesundbrunnen – über diese europäische Förderung realisiert werden. Auch der Abriss und Neubau der Jugendfreizeiteinrichtung „AktionsRaum“ im Wedding oder die Herstellung der Barrierefreiheit und Innenhofverschönerung für das Stadtschloss Moabit sind Projekte, die vom Jugendamt betreut und von der EU finanziert werden.

Europa findet im Kiez und in Ämtern statt, von denen man es vielleicht auf den ersten Blick gar nicht vermutet. Und deshalb ist nicht egal, wer Europa mitgestaltet und regiert oder in welche Richtung sich die Europäische Union entwickelt. Kleine

„Leuchttürme“ für unsere Nachbarschaften wären ohne die Strukturaufbaumaßnahmen der EU wahrscheinlich nie zustande gekommen.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der
Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit



Erweiterungsbau des Olof-Palme-Zentrums in der Demminer Straße (Foto: BA Mitte)

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

www.dielinke-berlin-mitte.de

Impressum:

Bezirksverband Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 26.04.2024
Ausgabetag für Nr. 06/2024: 06.06.2024

Lesen gegen
das Vergessen

10. Mai 2024 15:00 bis 17:00 Uhr
Bebelplatz Unter den Linden 9, 10117 Berlin
Kostenfrei keine Voranmeldung nötig

lesengegendasvergessen.de

Mit: Gregor Gysi, Beate Klarsfeld, Genie Löttsch, Petra Pau, Marianne Rosenberg, Regina Scheer, Ingo Schulze

Wir wollen an Schriftstellerinnen und Schriftsteller erinnern, deren Bücher am 10. Mai in 22 deutschen Universitätsstätten – beginnend auf dem heutigen Bebelplatz in Berlin – öffentlich verbrannt wurden.

Das wollen wir nicht vergessen!
Das darf sich nicht wiederholen!

